



Besondere Bedingungen und Risikobeschreibungen für Rechtsanwälte in Österreich

Ausgabe August 2010 (RECHTSA-OE)

A. Besondere Bedingungen

1. Jahreshöchstleistung

Ist eine höhere als die gesetzliche Mindestversicherungssumme vereinbart, beträgt die Höchstleistung des Versicherers für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres (Jahreshöchstleistung), vorbehaltlich abweichender Vereinbarung, das Dreifache der vereinbarten Versicherungssumme.

Im Rahmen der Versicherungspflicht gemäß § 21a Rechtsanwaltsordnung (RAO) steht die gesetzliche Mindestversicherungssumme je Versicherungsfall zur Verfügung (unbegrenzte Jahreshöchstleistung).

2. Bestimmungen zum Selbstbehalt

a) Abweichend von § 3 II 4 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Berufsträger mit gesetzlicher Versicherungspflicht in Österreich (AVB-P) beträgt der von dem Versicherungsnehmer an jedem Versicherungsfall allein zu tragende Anteil den im Versicherungsschein und seinen Nachträgen vereinbarten Selbstbehalt.

Die Regelungen zum Gebuhrenselbstbehalt in § 3 II 5 AVB-P finden keine Anwendung.

b) Werden Haftpflichtansprüche gegen Erben des Versicherungsnehmers erhoben, ersetzt der Versicherer die gesamte Haftpflichtsumme bis zur Versicherungssumme. Dasselbe gilt für Haftpflichtansprüche, die gegen den Versicherungsnehmer geltend gemacht werden, nachdem er die versicherte Tätigkeit alters- oder krankheitshalber oder aus anderen nicht unehrenhaften Gründen beendet hat.

3. Tätigkeit als Angestellter

In Erweiterung von § 4 AVB-P bezieht sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche aus der Tätigkeit des Versicherungsnehmers als Angestellter.

4. Meldepflichten des Versicherers

Der Versicherer ist verpflichtet, der Rechtsanwaltskammer den Beginn und die Beendigung oder Kündigung des Versicherungsvertrages sowie jede Änderung des Versicherungsvertrages, die den vorgeschriebenen Versicherungsschutz beeinträchtigt, unverzüglich mitzuteilen.

5. Abweichungen von der Pflichtversicherung

Soweit die vereinbarte Versicherungssumme die gesetzliche Mindestversicherungssumme übersteigt oder soweit der Umfang des vereinbarten Versicherungsschutzes über den Umfang des gesetzlich vorgeschriebenen Versicherungsschutzes hinausgeht, gelten die Allgemeinen Versicherungsbedingungen, wenn nichts

Abweichendes, z. B. durch zusätzliche Vereinbarungen, bestimmt ist.

Erweiterungen des Versicherungsschutzes lassen den Umfang des gesetzlich vorgeschriebenen Versicherungsschutzes unberührt.

6. Spatschadenschutz

Im Rahmen und im Umfang der Pflichtversicherung gemäß § 21a RAO, umfasst der Versicherungsschutz die Folgen aller während der Versicherungsdauer begangenen Verstöße (unbegrenzte Nachdeckung).

Für den die Mindestversicherungssumme übersteigenden Schadensersatzanspruch umfasst der Versicherungsschutz die Folgen aller während der Versicherungsdauer begangenen Verstöße, die dem Versicherer nicht später als 10 Jahre nach Beendigung des Versicherungsvertrages gemeldet werden.

Für den Fall, dass der Versicherungsnehmer die versicherte berufliche Tätigkeit ohne Veräußerung des Unternehmens oder Teilen davon beendet (Risikowegfall) oder sein Unternehmen oder Anteile davon einem Angehörigen im Sinne von Ziffer 4 a) oder b) aus welchem Rechtstitel auch immer überträgt oder im Erbwege überlässt, findet die vorstehende Beschränkung der Nachhaftung keine Anwendung.

7. Ausschluss kaufmännischer Risiken

Ergänzend zu § 4 AVB-P bezieht sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche wegen Schäden aus einer kaufmännischen Kalkulations-, Spekulations- oder Organisationstätigkeit.

Wird der Versicherungsnehmer in Insolvenzverfahren (z.B. als Masseverwalter), in Nachlassverfahren (z.B. Testamentsvollstrecker) oder in Betreuungsverfahren (z.B. als Vormund) bestellt, so können Haftpflichtansprüche wegen Schäden aus einer kaufmännischen Kalkulations- oder Organisationstätigkeit gesondert versichert werden.

8. Deckung für Auszahlungsfehler bei Anderkonten

Versicherungsschutz wird auch für den Fall geboten, dass der Versicherungsnehmer wegen einer fahrlassigen Verfügung über Beträge, die in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Rechtsanwalts-tätigkeit auf ein Anderkonto eingezahlt sind, von dem Berechtigten in Anspruch genommen wird.

Das gleiche gilt für Inanspruchnahme des Versicherungsnehmers aus fahrlassigen Verfügungen über fremde Gelder, die zur alsbaldigen Anlage auf ein Anderkonto in Verwahrung genommen und ordnungsgemäß verbucht sind.

9. Strafverteidigung

Unter die in § 1 I Satz 2 AVB-P genannten Vermögensschäden fallen auch solche, die durch Freiheitsentzug verursacht worden sind (Straf- oder Untersuchungshaft, Unterbringung).

B. Risikobeschreibung für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Rechtsanwälten

Im Rahmen der dem Vertrag zugrunde liegenden Allgemeinen und Besonderen Versicherungsbedingungen ist versichert die gesetzliche Haftpflicht des Versicherungsnehmers aus der gegenüber seinem Auftraggeber freiberuflich ausgeübten Tätigkeit als Rechtsanwalt.

1. Mitversichert ist die Tätigkeit als

- a) Insolvenz-, Konkurs- oder Masseverwalter (auch vorläufiger), Treuhänder nach der Insolvenzordnung, gerichtlich bestellter Liquidator, Mitglied des Gläubigerausschusses;
- b) Ausgleichsverwalter (auch vorläufiger), Mitglied des Gläubigerbeirates;
- c) Zwangsverwalter, Besonderer Verwalter nach § 86 Insolvenzordnung;
- d) Testamentsvollstrecker, Nachlasspfleger, Nachlassverwalter;
- e) Vormund (Sachwalter, Kurator), Betreuer oder Pfleger;

- f) Notgeschäftsführer nach § 15 GmbHG, Zwangsvorstand gemäß Aktiengesetz oder Notstiftungsvorstand gemäß Privatstiftungsgesetz;
- g) Schiedsrichter, Schlichter, Mediator;
- h) Abwickler einer Praxis gemäß § 61 der Richtlinien für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs und für die Überwachung der Pflichten des Rechtsanwaltes (RL-BA).

2. Mitversichert ist im Rahmen des Vertrages die gesetzliche Haftpflicht von Vertretern des Versicherungsnehmers aus der Vertretertätigkeit, solange der Versicherungsnehmer an der Ausübung seines Berufes gehindert ist. Die Mitversicherung besteht nicht, soweit der Vertreter durch eine eigene Versicherung gedeckt ist.

3. Mitversichert ist im Rahmen des Vertrages die gesetzliche Haftpflicht der Erben des Versicherungsnehmers aus Verstößen, die bis zur Bestellung eines Praxisabwicklers oder bis zur Praxisveräußerung, längstens jedoch bis zu 8 Wochen nach dem Ableben des Versicherungsnehmers, vorgekommen sind.

Diese Risikobeschreibung zählt die mitversicherten Tätigkeiten abschließend auf.

4. Ansprüche aus der Tätigkeit als Leiter, Vorstands-, Aufsichtsrats- oder Beiratsmitglied, Geschäftsführer von Unternehmungen, Vereinen, Verbänden und als Angestellter sind auch im Rahmen der mitversicherten Tätigkeiten vom Versicherungsschutz ausgeschlossen.